



Einzureichen an:

Von der Investitionsbank auszufüllen

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Kommunalentwicklung und
Beratung
Domplatz 12
39104 Magdeburg

Eingangsdatum



und elektronisch

- entweder per Datenträger (USB-Stick, CD-/DVD-ROM)
- oder per E-Mail¹ an revier2038@ib-lsa.de

Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

Sachsen-Anhalt Revier 2038

gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Gebietskörperschaften und sonstige Träger kommunaler Aufgaben in Sachsen-Anhalt nach dem Investitionsgesetz Kohleregionen

1. GEGENSTAND DER FÖRDERUNG

1.1 Zuordnung zum Förderbereich gemäß Anlage 2 der Richtlinie

Bitte kreuzen Sie nur einen Fördergegenstand an. Sollte Ihr Projekt aus mehreren Einzelprojekten bestehen, die verschiedene Fördergegenstände betreffen, nutzen Sie bitte jeweils einen neuen Antrag.

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> wirtschaftsnahe Infrastruktur, Erwerb und Herrichtung von Flächen für Unternehmen; energetische Sanierung (ausgenommen kommunale Kläranlagen) | <input type="checkbox"/> Touristische Infrastruktur |
| <input type="checkbox"/> Einrichtungen von Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen, Familienzentren und Gemeinschaftshäusern | <input type="checkbox"/> Forschungsinfrastruktur |
| <input type="checkbox"/> Barriereabbau | <input type="checkbox"/> Infrastruktur der ergänzenden Aus- und Weiterbildung |
| <input type="checkbox"/> Digitalisierung, Breitband, Mobilfunkinfrastruktur | <input type="checkbox"/> Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft, Ressourcenschonung |
| <input type="checkbox"/> Sonstige nicht unter Ziffer 2 der Richtlinie genannte Fördergegenstände, bitte beschreiben: | |

Sofern Ihr Projekt von keinem der zuvor aufgezählten Fördergegenstände umfasst wird, verweisen wir an dieser Stelle auf das Vorliegen weiterer Fördergegenstände gem. Anlage 2 der o. g. Richtlinie, dessen Förderung Sie beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt bzw. bei der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH beantragen können.

1.2 Begründung für die Zuordnung zum Förderbereich

¹ Bitte beachten Sie hierbei, dass der unverschlüsselte E-Mailversand unsicher und mit diversen Risiken verbunden ist.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



2. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

- Landkreis, kreisfreie Stadt, Gemeinde, Verbandsgemeinde, sonstige Gemeindeverbände
- sonstiger Träger, mit öffentlichen, vor allem kommunalen, Aufgaben; insbesondere
- kommunaler Zweckverband gemeinnützige GmbH
- Träger von Schulen, die Finanzhilfe erhalten (§18 SchG LSA) anerkannter Träger der freien Jugendhilfe
- sonstige juristische Person gem. § 9 Abs. 1 Nr. 3 KiFöG staatlich anerkannte Glaubens- oder Religionsgemeinschaft
- Verein/Verband öffentlich-rechtliche oder gemeinnützige privatrechtliche Stiftung
- öffentliches Unternehmen
- Sonstiges

2.1 Allgemeine Angaben

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)		Gründungsdatum*
Straße, Hausnummer		Vorwahl/Rufnummer
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil
Branche/Tätigkeitsbereich*		Landkreis/Gemeindenummer
Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)		Vorwahl/Rufnummer/Fax
E-Mail		

Vorsteuerabzugsberechtigt? Ja Nein teilweise mit %

* nicht anzugeben bei Kommunen

3. KURZANGABEN ZUM Projekt

3.1 Bezeichnung des Projekts (Sofern zum Projekt weitere Anträge gestellt werden, geben Sie bitte immer die gleiche Bezeichnung für das Gesamtprojekt an.)

3.2 Bezeichnung des Teilprojekts (sofern relevant)

3.3 Ort des Projekts (sofern abweichend von Ziffer 1.1 dieses Antrages)

PLZ Ort ggf. Ortsteil

3.4 Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP)

Wird das Projekt als öffentlich-private Partnerschaft umgesetzt? Ja Nein

3.5 Geplante zeitliche Dauer

Beginn des Projekts

Tag/Monat/Jahr

geplantes Ende des Projekts

Tag/Monat/Jahr

Mit den Arbeiten am Projekt darf nicht vor Eingang des Antrags bei der Bewilligungsbehörde begonnen werden.

Sofern Sie mit den Arbeiten am Projekt nach dem Antragseingang aber noch vor Erteilung des Zuwendungsbescheides beginnen, tragen sie im Falle einer späteren Nichtbewilligung der Zuwendung das alleinige Finanzierungsrisiko. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht.

Bitte informieren Sie uns, sofern das o. g. Datum zum Beginn des Projekts sich bis zur Erteilung des Bewilligungsbescheides verschiebt.

Die diesem Antrag als Anlage beigefügte „Erklärung zum Vorhabensbeginn“ ist zu beachten.

3.6 Ziele des Projekts (gem. Ziffer 4.7 der Richtlinie)

3.6.1 Arbeitsplätze (Anzahl beschäftigter Personen einschließlich Antragsteller)

Das Projekt ist besonders bedeutsam, da es zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen beiträgt.

Ja

Nein

Bei Ja, tragen Sie bitte die Anzahl aller beschäftigter Personen ein:

Zum Antragszeitpunkt:

Insgesamt*

davon:

Frauen

Unter Berücksichtigung des Projekts:

Insgesamt*

davon:

Frauen

hochqualifiziert

Fachkräfte

geringqualifiziert

Bitte tragen Sie die Anzahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze nach den Kategorien ein:

Insgesamt*

Insgesamt*

Insgesamt*

*Bei Teilzeitbeschäftigten sind diese in Vollzeitbeschäftigte umzurechnen (Auszubildende können eingerechnet werden):
Summe der Stunden dieser Beschäftigten/Jahresarbeitsstunden einer Vollzeitkraft = Anzahl der Vollzeitbeschäftigten

3.6.2 Wirtschaftsstruktur

Das Projekt ist besonders bedeutsam, da es die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur und Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes unterstützt. Bitte erläutern Sie dies:

Ja

Nein

3.7 Ergänzende Kriterien (gem. Ziffer 4.7 der Richtlinie)

3.7.1 Demografie

Das Projekt ist unter Berücksichtigung künftiger demografischer Entwicklungen nutzbar.

Ja

Nein

3.7.2 Nachhaltigkeit

Das Projekt steht im Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Ja

Nein

3.8 Einbindung der Gesellschaft

Eine Einbindung der Gesellschaft unter den Aspekten der inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit ist erfolgt.

Ja

Nein

3.9 Prüfung der Förderwürdigkeit

Die Förderwürdigkeit inkl. Priorisierung des Projekts wurde positiv vom Landkreis/der Stadt Halle (im direkten Antragsverfahren) bzw. vom fachlich zuständigen Ministerium (im Rahmen von Förderaufrufen) votiert. Ein entsprechender Nachweis ist dem Antrag beigefügt.

Ja

Nein

Bitte tragen Sie das Gesamtergebnis (Punktzahl) gemäß durchgeführtem Bewertungsverfahren ein:

4. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

4.1 Geplante Ausgaben (in Euro)

Bezeichnung der Ausgabe	Betrag
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Gesamtausgaben	<input type="text"/>

4.2 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel	<input type="text"/>
davon Eigenleistungen	<input type="text"/>
Beantragte Zuwendung (mind. 25.000 EUR)	<input type="text"/>
Fremdmittel	
Weitere Fördermittel aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)	<input type="text"/>
Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)	<input type="text"/>
Summe der Finanzierungsmittel	<input type="text"/>

4.3 Planung des Mittelbedarfs (in Euro)

Bitte geben Sie in der nachfolgenden Tabelle an, in welchem Jahr Sie welchen voraussichtlichen Zuschussbetrag für Ihr Projekt benötigen und entsprechend bei der IB zur Auszahlung beantragen würden.

Jahr	2021	2022	2023	2024
Mittelbedarf	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Jahr	2025	2026	2027	2028
Mittelbedarf	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Jahr	2029	2030	2031	2032
Mittelbedarf	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Jahr	2033	2034	2035	2036
Mittelbedarf	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Jahr	2037	2038		
Mittelbedarf	<input type="text"/>	<input type="text"/>		

5. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

6. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

- a) Mir/Uns sind die geltenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Programm Sachsen-Anhalt Revier 2038 und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt (RdErl. der Staatskanzlei vom 02.12.2021, MBl. LSA Nr. 1/2022 vom 10.01.2022 Bl. 3 ff.; in der jeweils gültigen Fassung). Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P / ANBest-Gk werden anerkannt.
- b) Bei Gebietskörperschaften:
Ich/Wir erkläre(n), dass das beantragte Projekt zusätzlich gem. Ziffer 4.8 der Richtlinie ist (bitte ankreuzen). Ja Nein
Eine Investition ist nicht zusätzlich, wenn sie durch einen bestehenden, beschlossenen Haushalt ausfinanziert ist.
Bei Sonstigen Trägern:
Ich/Wir erkläre(n), dass die zuständige Gebietskörperschaft die Zusätzlichkeit geprüft und bestätigt hat. Ja Nein
- c) Eine Bestätigung des Landkreises bzw. der Stadt Halle bezüglich der Umsetzung des beantragten Projekts über das Budget gem. Ziffer 4.2 der Richtlinie liegt vor. Ja Nein
- d) Ich/Wir erkläre(n), dass das beantragte Projekt gem. Ziffer 4.1 der Richtlinie im Mitteldeutschen Revier wirkt.
- e) Für das Projekt wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 4.2 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- f) Ich/Wir erkläre(n), mit den Arbeiten für das Projekt nicht vor Antragstellung (Datum des Antragseingangs bei der IB) begonnen zu haben. Auf eigenes Risiko kann mit den Arbeiten am Projekt bereits mit dem Antragseingang bei der IB begonnen werden. Mir/Uns ist bekannt, dass in diesem Fall ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung nicht besteht.
- g) Die Gesamtfinanzierung des Projekts ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert. Die zu erwartenden Folgekosten können mindestens bis zum Ablauf der Zweckbindungsfrist finanziert werden.
- h) Sofern investive Begleit- und Folgemaßnahmen beantragt werden: Ich/Wir erkläre(n), dass die beantragten Begleit- und Folgemaßnahmen gem. Ziffer 5.3 der Richtlinie im Zusammenhang mit der beantragten Hauptmaßnahme stehen.
- i) Für Investitionsprojekten wurde eine angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchgeführt. Die Vorgaben nach § 6 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) wurden beachtet (bitte ankreuzen). In einigen Fällen erfolgt eine Überprüfung dieser Angabe. Sofern dieses Projekt im Rahmen einer Stichprobenziehung ausgewählt wird, werden Sie darüber informiert und zur Einreichung weiterer Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung dokumentieren, von der IB aufgefordert. Ja Nein
- j) Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- k) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- l) Ich/Wir werde(n) das Projekt nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- m) Gegen mein/unser Unternehmen liegt keine Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von Deutschland gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor, der ich/wir nicht nachgekommen bin/sind.
- n) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- o) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
- p) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- q) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses. Ja Nein
- r) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs – gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen):** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1.1, 1.2, 2., 2.1, 3.3, 3.4, 3.5, 3.6.1, 3.6.2, 3.7.1, 3.7.2, 3.8, 4.1, 4.2, 4.3, 6.a), 6.b), 6.c), 6.d), 6.e), 6.f), 6.g), 6.h), 6.i), 6.j), 6.k), 6.l), 6.m) und 6.n) dieses Antrages und die Angaben in der gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden „Unterlagencheckliste Kommunen“ unter Ziffer 1., 3., 4., 5., 6., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18. und 19. sowie der zur „Unterlagencheckliste

sonstige Träger, unter Ziffer 1., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 12., 13., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24. und 25. beizufügenden Unterlagen.
Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Zustimmung zur Beratung und Information (gilt nicht für Kommunen)

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.

b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

per Post **telefonisch** **per E-Mail**

6.2 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

Bei abweichendem Eigentümer: Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, soweit im Rahmen der Förderung die Erhebung von personenbezogenen Daten im Sinne des Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetzes Sachsen-Anhalt (DSAG LSA) von Maßnahmeträgern, abweichenden Eigentümern oder Ansprechpartnern notwendig ist, von den Betroffenen eine Einwilligungserklärung einzuholen und diesen die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ zur Kenntnis zu geben.

Uns/Mir ist bekannt, dass mein/unser Projekt mit projektrelevanten Daten bei der Gewährung einer staatlichen Beihilfe mit einem Betrag von mehr als 100.000 EUR mit Angaben gemäß Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht wird.

7. Hinweis zum weiteren Fortgang des Verfahrens nach Antragstellung

Nach Antragstellung haben sie binnen 6 Monaten sowie, aufgrund der längeren Planungs- und Entwicklungszeiten, bei Infrastrukturprojekten im Regelfall binnen 9 Monaten, die Bewilligungsreife herzustellen. Verstreicht die Frist zur Herstellung der Bewilligungsreife, ohne dass diese eingetreten ist, bedarf es eines Gespräches zum weiteren Projektfortgang unter Darstellung der hindernden Gründe sowie des weiteren zeitlichen Fortganges. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeit des Landes nach Ziffer 4.5 der Richtlinie die Verteilung des Budgets (Ziffer 4.2 der Richtlinie) neu festzulegen sowie im Hinblick auf eine gegebenenfalls erforderliche Überarbeitung der Priorisierung innerhalb des jeweiligen Landkreises/der Stadt Halle (Saale). Über den Lauf der Frist werden Sie mit der Eingangsbestätigung zu Ihrem Antrag informiert. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Die hiesige Darstellung des Verfahrens dient lediglich der ersten Information.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)